

V1906 Interpellation (SP) „Wie will der Gemeinderat die Umstellung auf Betreuungsgutscheine bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter gestalten?“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Regierungsrat hat bekannt gegeben, dass die Vergünstigung der Elterntarife in Kitas und Tagesfamilien ab dem Jahr 2019 auch ausserhalb der Stadt Bern über Betreuungsgutscheine erfolgen soll. Die definitive Verordnung soll laut Regierungsrat im Frühling 2019 publiziert werden. Laut einem Bund-Artikel vom 23. November 2018¹ ist die Gemeinde Köniz mit den Vorbereitungen bereits weit fortgeschritten und plant, im August 2019 mit dem neuen Betreuungsgutscheinsystem zu starten.

Aus diesem Kontext ergeben sich folgende Fragen:

1. Plant der Gemeinderat tatsächlich, die Betreuungsgutscheine bereits im August 2019 einzuführen?
2. Laut bisher bekannten Informationen können die Gemeinden beschliessen, ob sie die Betreuungsgutscheine kontingentieren wollen oder nicht. Will der Gemeinderat die Betreuungsgutscheine in Köniz kontingentieren? Wenn ja, weshalb?
3. Würden bei einer Kontingentierung alle anspruchsberechtigten Eltern in Köniz einen Betreuungsgutschein erhalten? Wenn nein, weshalb nicht?
4. Bisher erhielten Betriebe für die Ausbildung der Lernenden Fachperson Betreuung Kind eine Ausbildungspauschale vom Kanton. Nun soll diese Pauschale vom Kanton wegfallen. Wie kann der Gemeinderat sicherstellen, dass die Kitas weiterhin genügend Lernende ausbilden?
5. Wie kann der Gemeinderat sicherstellen, dass Praktikantinnen und Praktikanten in Kitas nicht als günstige Arbeitskräfte genutzt werden, sondern dass genügend Lehrstellen angeboten werden? Wäre eine Regelung möglich, dass pro Praktikumsstelle mindestens, eine Lehrstelle Fachfrau Betreuung angeboten wird?
6. Faktisch ist eine Auslastung der Kita-Plätze von 100% nicht möglich, da es immer Schwankungen in der Auslastung gibt. Bisher hat der Kanton den Kitas eine Risikopauschale ab einer Auslastung von 95% der Plätze entrichtet. Neu soll sie gestrichen werden. Wie kann der Gemeinderat einen Preisanstieg für Kitaplätze oder einen Qualitätsnachlass durch Überbelegung verhindern, wenn die bestehende Risikopauschale des Kantons wegfällt?
7. Welche Möglichkeiten hätte der Gemeinderat, um im neuen System eine Risikopauschale an die Kitas zu entrichten?
8. Kann der Gemeinderat im neuen System eine Tarifobergrenze und/oder -Untergrenze festlegen? Ist dies vorgesehen? Und wenn ja, wie wäre dies aus Sicht des Gemeinderats auszugestalten?
9. Plant der Gemeinderat weitere Massnahmen, um steigenden Preise für die Eltern zu verhindern und die Qualität, Löhne und Arbeitsbedingungen in den Kitas zu sichern? Wenn ja, welche Massnahmen kann er sich vorstellen?
10. Wie wird die Gemeinde die Qualitätssicherung in den Kitas sicherstellen? Wird es ein Bewilligungsverfahren und eine Aufsicht für die Kitas durch die Gemeinde geben?

Eingereicht

21. Januar 2019

Unterschrieben von 8 Parlamentsmitgliedern

Tanja Bauer, Lydia Feller, Markus Willi, Arlette Münger, Vanda Descombes, Christian Roth, Franziska Adam, Cathrine Liechti

Antwort des Gemeinderates

Grundsätzliches

Der Gemeinderat verweist auf das Parlamentsgeschäft „Einführung Betreuungsgutscheine für Kindertagesstätten und Tageseltern - Anpassung des Reglements über die familienergänzende Kinderbetreuung“, welches am 18. März 2019 im Parlament behandelt wurde. Er geht davon aus, dass mit diesem Geschäft bereits einige der gestellten Fragen beantwortet sind.

1. Plant der Gemeinderat tatsächlich, die Betreuungsgutscheine bereits im August 2019 einzuführen?

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 13. Februar 2019 die Einführung der Betreuungsgutscheine per 1. August 2019 beschlossen.

2. Laut bisher bekannten Informationen können die Gemeinden beschliessen, ob sie die Betreuungsgutscheine kontingentieren wollen oder nicht. Will der Gemeinderat die Betreuungsgutscheine in Köniz kontingentieren? Wenn ja, weshalb?

Der Gemeinderat hat als Legislaturziel (3.2.3.a) festgelegt, dass für jedes anspruchsberechtigte Kind ein Gutschein ausgestellt werden soll. Dennoch steht der Gemeinde ein bestimmtes Budget und damit ein bestimmtes Kontingent zur Ausgabe von Gutscheinen zur Verfügung. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das bereitgestellte Budget ausreichen wird, um allen Berechtigten einen Gutschein auszustellen. Die Nachfrage ist jedoch nicht zum Voraus abschätzbar. Ebenfalls nicht absehbar ist, ob überhaupt genügend Plätze zur Verfügung stehen. Es muss daher immer möglich sein, im Falle eines Nachfrageüberschusses eine Warteliste für Gutscheine zu führen.

3. Würden bei einer Kontingentierung alle anspruchsberechtigten Eltern in Köniz einen Betreuungsgutschein erhalten? Wenn nein, weshalb nicht?

Analog dem heutigen System müssten die Eltern mit einer Wartefrist rechnen, bis ihnen ein Gutschein ausgestellt werden kann.

4. Bisher erhielten Betriebe für die Ausbildung der Lernenden Fachperson Betreuung Kind eine Ausbildungspauschale vom Kanton. Nun soll diese Pauschale vom Kanton wegfallen. Wie kann der Gemeinderat sicherstellen, dass die Kitas weiterhin genügend Lernende ausbilden?

Die Pauschale bildete einen (kleinen) Anreiz zur Ausbildung von Lernenden. Es kann jedoch weder mit noch ohne diese Pauschale gewährleistet werden, dass ein Betrieb eine bestimmte Anzahl Lehrstellen bereitstellt. Die Betriebe haben keine Verpflichtung, Lernende aufzunehmen. Es gibt mit dem System von Betreuungsgutscheinen auch keine Leistungsvereinbarungen mehr mit den Anbietern, über welche eine Vorgabe zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen auferlegt werden könnte. Auch hat die Gemeinde keinen Einfluss darauf, wo die Betreuungsgutscheine eingelöst werden. Die Zulassung zur Abrechnung von Gutscheinen wird vom Kanton erteilt.

- 5. Wie kann der Gemeinderat sicherstellen, dass Praktikantinnen und Praktikanten in Kitas nicht als günstige Arbeitskräfte genutzt werden, sondern dass genügend Lehrstellen angeboten werden? Wäre eine Regelung möglich, dass pro Praktikumsstelle mindestens, eine Lehrstelle Fachfrau Betreuung angeboten wird?**

Die Kitas erhalten die Betriebsbewilligung vom kantonalen Jugendamt und sind an dessen Vorgaben gebunden. Der Kanton gibt für die Anbieter auch die Zulassungskriterien zur Abrechnung von Gutscheinen vor. Ob und in welchem Rahmen diesbezüglich künftig eine Einflussnahme durch die Gemeinde möglich sein könnte, wird sich erst zeigen, wenn im Rahmen des geplanten Gesetzes über die sozialen Leistungsangebote (SLG) die Bewilligung und Aufsicht über die Kitas und Tagesfamilien neu geregelt wird.

- 6. Faktisch ist eine Auslastung der Kita-Plätze von 100% nicht möglich, da es immer Schwankungen in der Auslastung gibt. Bisher hat der Kanton den Kitas eine Risikopauschale ab einer Auslastung von 95% der Plätze entrichtet. Neu soll sie gestrichen werden. Wie kann der Gemeinderat einen Preisanstieg für Kitaplätze oder einen Qualitätsnachlass durch Überbelegung verhindern, wenn die bestehende Risikopauschale des Kantons wegfällt?**

Ein Preisanstieg kann nicht verhindert werden. Es ist auch nicht der Sinn eines Betreuungsgutscheinsystems, die Preise zu regeln. Künftig soll der private Markt spielen.

Die Qualitätsvorgaben und die maximale Belegung werden über die Betriebsbewilligung geregelt. Bei den durch die Gemeinde beaufsichtigten Kitas gelten weiterhin die Vorgaben der kantonalen Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration, ASIV. Die bestehenden Qualitätsvorgaben dürfen auch weiterhin nicht unterschritten werden.

- 7. Welche Möglichkeiten hätte der Gemeinderat, um im neuen System eine Risikopauschale an die Kitas zu entrichten?**

Es kann nicht Sache der Gemeinde sein, Beiträge an Einrichtungen zu leisten, die der Kanton mit dem neuen System nicht mehr zu tragen bereit ist. Basis zur Berechnung einer Risikopauschale bildet zudem eine bestimmte Anzahl subventionierter Plätze, die nach dem heutigen System zu mindestens 95% ausgelastet sein müssen, damit die volle Abgeltung entrichtet wird. Mit dem Wegfall von subventionierten Plätzen lässt sich auch deren Auslastung nicht mehr berechnen.

- 8. Kann der Gemeinderat im neuen System eine Tarifobergrenze und/oder -Untergrenze festlegen? Ist dies vorgesehen? Und wenn ja, wie wäre dies aus Sicht des Gemeinderats auszugestalten?**

Nein, es gelten die Tarife der privaten Anbieter und der Kanton gibt die Vergünstigung vor. Die Gemeinde hat nicht die Berechtigung, diesbezüglich andere Regelungen zu treffen, wenn sie die Gutscheine mit dem kantonalen Lastenausgleich abrechnen will. Ein Minimaltarif wurde in der neuen kantonalen Verordnung festgelegt. Ein Maximaltarif ist darin nicht vorgesehen.

- 9. Plant der Gemeinderat weitere Massnahmen, um steigenden Preise für die Eltern zu verhindern und die Qualität, Löhne und Arbeitsbedingungen in den Kitas zu sichern? Wenn ja, welche Massnahmen kann er sich vorstellen?**

Nein. Mit dem neuen System wird die familienergänzende Kinderbetreuung zu einem rein privaten Markt, auf den die Gemeinde weder Einfluss nehmen kann noch will. Der Einfluss auf die Qualität erfolgt wie erwähnt im Rahmen der Betriebsbewilligung und der Aufsicht über die Angebote.

10. Wie wird die Gemeinde die Qualitätssicherung in den Kitas sicherstellen? Wird es ein Bewilligungsverfahren und eine Aufsicht für die Kitas durch die Gemeinde geben?

Wie erwähnt, sollen die Bewilligung und die Aufsicht innerhalb des geplanten Gesetzes über die sozialen Leistungsangebote (SLG) neu geregelt werden. Es wird sich zeigen, ob künftig die Gemeinden oder weiterhin das kantonale Jugendamt für die Bewilligung und Aufsicht zuständig sein werden.

Köniz, 20. März 2019

Der Gemeinderat